

Kein Ausweg in Sicht?

Adivasi-Frauen im Süden von Chhattisgarh

Line Fleig

Immer wieder berichten indische Medien über die erfolgreiche Aufstandsbekämpfung im Süden des Bundesstaates Chhattisgarh, in der Region Bastar. Bisher war jedoch nur wenig bekannt, dass von Sicherheitskräften bei diesen Einsätzen gezielt und systematisch sexualisierte Gewalt gegen Frauen eingesetzt wurde. Diese Lücke schließt das Buch „Das Schweigen brechen – Sexualisierte Gewalt in Süd-Chhattisgarh“ (siehe auch Rezension).¹ Line Fleig hat mit drei der Autorinnen über die Situation und die Hintergründe gesprochen.

Lina Fleig: *In Ihrem Buch dokumentieren Sie den Einsatz sexualisierter Gewalt im Zuge von Aufstandsbekämpfungsoffensiven im Süden von Chhattisgarh. Wie kamen Sie dazu?*

Shreya K: Als wir die Gegend im Oktober 2015 das erste Mal besuchten, hatten wir eigentlich etwas ganz anderes im Sinn. Wir wollten Menschenrechtsaktivistinnen treffen und mit ihnen über ihre Arbeit sprechen. Deshalb besuchten wir Sarkeguda, wo 2011 während einer Festveranstaltung 17 Menschen von Polizisten und Sicherheitskräften getötet worden waren. Sieben davon waren minderjährig. Dabei begegneten wir Frauen aus Peddagellur und weiteren angrenzenden Dörfern. Sie hatten den Wochenmarkt besucht und waren auf dem Heimweg. Sie wandten sich an uns. Zunächst waren es fünf Frauen, dann 20, und bevor wir uns versahen, waren es rund 60. Nur vier Tage zuvor hatte es in ihren Dörfern eine großangelegte Durchsuchungsaktion gegeben. Ein Mann, der sie begleitete, meinte, dass wir über das, was passiert sei, schreiben sollten. Da der Weg in ihre Dörfer so weit sei, läge es in unserer Verantwortung, zumindest so lange zu bleiben, bis wir mit allen anwesenden Frauen gesprochen hätten. Trotz Sprachbarrieren berichtete jede von ihnen, was ihr selbst oder anderen widerfahren war - sie berichteten von Plünderungen, Prügel und sexualisierter Gewalt. Nicht nur während dieser einen Offensive, sondern auch zu Zeiten, in

denen noch die Bürgerwehr-Gruppe *Salwa Judum* in der Region aktiv war.

Vor welchem Hintergrund fanden die Einsätze statt?

Shreya K: Offiziell heißt es, dass in der Region der Einsatz von bewaffneten Polizisten und paramilitärischen Einsatzkräften aufgrund der *Naxaliten* notwendig sei – eine seit mehr als fünf Jahrzehnten aktive, maoistische Aufstandsbewegung. Gegenüber dieser Darstellung sind jedoch berechtigte Zweifel angebracht. Die Bewegung ist in der Region bereits seit den 1980er Jahren aktiv, und die ersten großen Aufstandsbekämpfungsoffensiven fanden erst statt, als die Regierung mit Unternehmen Vorverträge für Rohstoff-Erschließungsvorhaben unterzeichnet hatte. Das war 2005. Damals wurden Verträge mit *Tata Steel* für ein Mega-Stahlwerk und mit der *Essar-Group* für eine Pipeline zum Transport von Eisenerz-Schlamm abgeschlossen. In unserem Buch zeigen wir diesen Zusammenhang zwischen der Militarisierung und dem Bergbau auf. In diesen Kontext ordnen wir auch einen weiteren Zwischenfall ein, der sich in der Region im April 2018 im benachbarten Bundesstaat Maharashtra ereignete. In der Nähe von Gadchiroli wurden bei einer Offensive mehr als 40 Menschen getötet. Neben maoistischen Kadern waren unter den Opfern auch Zivilist(inn)en, darunter mehrere Minderjährige. Im Vorfeld hatte die lokale Bevölkerung gegen verschiedene Bergbauprojekte protestiert.

Sudha Bharadwaj: In den letzten Jahren gab es verschiedene Gesetzesreformen, die den Bergbau betreffen. Seither vergibt die Regierung Bergbaulizenzen an die jeweils höchst bietenden in- und ausländischen Unternehmen und die Anzahl der Lizenzen ist sprunghaft angestiegen. Für Adivasi-Gemeinschaften aus Waldgebieten, die reich an Bodenschätzen sind, hat sich die Lage daraufhin drastisch zuspitzt. Ihnen droht Vertreibung und für den Fall, dass sie sich einer solchen widersetzen, Repression. Gleichzeitig lässt sich ein neues Phänomen beobachten. Es gab in den letzten Jahren eine Welle von Massenprotesten von Adivasi-Organisationen, bei denen eine größere Autonomie eingefordert wurde.

Wie sah die erste Phase der Aufstandsbekämpfung Mitte der 2000er Jahre aus?

Sudha Bharadwaj: Die Regierung versuchte, die bewaffnete linke Guerillabewegung mit einer „Politik der verbrannten Erde“ zu bezwingen. Für die Adivasi in Bastar gab es zwei Optionen: Entweder sie siedelten in die Lager um, die entlang von Straßen errichtet wurden, oder sie zogen sich tiefer in die Wälder zurück. Hunderttausende Adivasi flohen.

In Ihrem Buch dokumentieren Sie Auszüge aus der vom Supreme Court im Jahr 2011 gefällten Grundsatzentscheidung. Darin wird die sofortige Auflösung der damaligen Bürgerwehrtruppe Salwa Ju-



dum *angeordnet*. Diese hatte in der ersten Phase der Aufstandsbekämpfung eine zentrale Rolle gespielt. Was war der Hintergrund dieses Verfahrens?

Shreya K: Die *Salwa Judum* hatte in der Region gewütet, gemordet, gebrandschatzt, geplündert und massenhaft sexualisierte Gewalt ausgeübt. Verschiedene Menschenrechtsaktivist(inn)en hatten die Region besucht und anschließend darüber berichtet. 2007 hatten sich drei von ihnen im Rahmen einer „Public Interest Litigation“⁴² an den Supreme Court gewandt, und kurze Zeit später hatten auch drei Geschädigte aus Bastar eine Beschwerde eingereicht. Die Beschwerden enthielten 99 eidesstattliche Erklärungen, in denen Mitglieder der *Salwa Judum* der Vergewaltigung bezichtigt werden.

Was geschah nachdem diese Bürgerwehr-Gruppe aufgelöst worden war?

Shreya K: Viele junge Adivasi, die in der *Salwa Judum* aktiv gewesen waren, wurden als *Special Police Officers* (SPOs) in die reguläre Polizei aufgenommen. Weil sie sich in dem Gebiet gut auskennen, werden sie bei den Einsätzen vorausgeschickt. Zudem wurde der neue Verband *District Reserve Guards Force* (DRGF) aufgebaut. Für diese Truppe werden übergelaufene *Naxaliten*, ehemalige maoistische Sympathisanten und vertriebene Dorfbewohner rekrutiert. Die Polizei berichtete stolz davon, dass es ihr gelungen sei, eine Einsatztruppe aufzubauen, die Maoisten riechen könne, mit minimaler Ausrüstung und drei einfachen Mahlzeiten zufrieden sei.

Sudha Bharadwaj: Der indische Staat hat seine Militärpräsenz in der Region seit Mitte der 2000er Jahre kontinuierlich ausgebaut. Derzeit sind neben der regulären Polizei mehr als 250 paramilitärische Einheiten stationiert, das entspricht rund 40.000 bewaffneten Einsatzkräften.

Welche Auswirkungen hat diese Militärpräsenz auf die lokale Bevölkerung?

Sudha Bharadwaj: Für die Adivasi sind die Folgen dieser Militarisierung gravierend. Entbehrung und Terror prägen ihren Alltag. Der Staat hat viele öffentliche Dienste, wie etwa die medizinische Versorgung oder Geschäfte mit subventionierten Lebensmitteln, eingestellt. Immer wieder finden in der Region großangelegte Militäreinsätze statt. Übergriffe, falsche Anklagen, willkürliche Verhaftungen, Folter und Inhaftierungen sind für Adivasi an der Tagesordnung. Allein 2016 wurden 135 von ihnen bei sogenannten Zusammenstößen getötet. In mehreren Fällen beharren ihre Angehörigen darauf, dass die Todesopfer keine bewaffneten, maoistischen Kader waren. Hunderte junge Adivasi-Männer sitzen in Untersuchungshaft. Sie werden schwerer Verbrechen gegen den Staat bezichtigt, auch wenn dafür oft kaum belastende Indizien vorliegen.

In Ihrem Buch schildern Sie detailliert vier große Durchsuchungsaktionen, die sich Ende 2015 und Anfang 2016 ereigneten. Mehrfach wird erwähnt, dass die Männer aus den Dörfern fliehen, sobald die Sicherheitskräfte anrücken und nur die Frauen zurückblieben. Was sind die Hintergründe dafür?

Die Überwachung von Anwohner*innen und Fremden ist weit verbreitet.

Foto: Bela Bhatia

Shreya K: Genau die gleiche Frage hatte der Distriktbeauftragte (*Collector*) von Bijapur einem fünfzehnjährigen Mädchen gestellt. Sie hatte einige Überlebende von Vergewaltigungen, die eine Beschwerde aufgeben wollten, begleitet, da sie neben der Adivasi-Sprache *Gondi* auch *Hindi* spricht. Sie entgegnete ihm, er sollte eigentlich wissen, dass wann immer Sicherheitskräfte auf Männer aus den Dörfern stießen, sie entweder auf die Männer schossen oder diese in Gewahrsam nahmen. So bleiben die Frauen in den Dörfern zurück. Obwohl die Risiken für sie sehr hoch sind. Selbst für Hühner, die sie für den Verkauf aufziehen, um Kleidung oder die Hochzeit ihrer Söhne finanzieren zu können, sind sie bereit zu kämpfen.

Sie sind in dem indienweiten Frauennetzwerk „Women against Sexual Violence and State Repression“ aktiv. Worin sehen Sie die Aufgabe der Frauenbewegung im Kontext der Debatten zu sexualisierter Gewalt?

Shreya K: Die Frauenbewegung versucht seit Jahrzehnten, den strukturellen Charakter von sexualisierter Gewalt aufzuzeigen: Als eine Ausübung von Macht in den unterschiedlichsten Situationen. Bei bewaffneten Konflikten wird sexualisierte Gewalt vom Polizei- und Militärapparat gezielt eingesetzt. Vergewaltigungen werden dabei „im Namen der Nation“ verübt – gegenüber mutmaßlichen Terrori-

stinnen, *Naxalitinnen*, Aufständischen und solchen, die sich gegen die „Interessen der Nation“ stellen. Sexualisierte Gewalt wird auch eingesetzt, um Widerstand zu brechen. In unserem Buch haben wir dokumentiert, dass die Sicherheitskräfte insbesondere gegenüber denjenigen Frauen, die sich gegen die Plünderungen und Zerstörungen ihrer Habe zu Wehr gesetzt hatten, sexualisierter Gewalt ausgeübt haben.

Es liegt in der Verantwortung der Frauenbewegung diese Verbindungen aufzuzeigen und den Diskurs zu sexualisierter Gewalt weiterzuentwickeln. Einige der Frauen aus Bastar haben sich an verschiedenen Versammlungen von Frauengruppen und sozialen Bewegungen in anderen Teilen des Landes beteiligt.

Die Einführung der Todesstrafe für Vergewaltiger oder deren Kastration, wie seit geraumer Zeit von einigen Stimmen lautstark eingefordert, lehnen wir entschieden ab. Denn solche Forderungen befördern eine Kultur der Vergewaltigung. Die „Ehre“ der Frau ist dabei das Schlachtfeld, auf dem sich der Vergewaltiger und der allmächtige, maskuline Hindutva-Staat gegenüberstehen. Stattdessen gilt es ein Bewusstsein aufzubauen, den Wurzeln des Patriarchats die Stirn zu bieten.

Worin sehen Sie die Ursache dafür, dass es in der Öffentlichkeit keinen lauten Aufschrei gibt, angesichts der eklatanten Menschenrechtsverletzungen in Bastar?

Shalini Gera: Jeder Staat agiert mehr oder weniger im Konsens mit seiner Mittelklasse. Die indische Mittelklasse glaubt der offiziellen Darstellung, die paramilitärischen Einsatzkräfte in Chhattisgarh seien mutige Soldaten, die ihr Leben riskierten, um verrückte, blutrünstige, gewalttätige Extremisten daran zu hindern, die Macht zu übernehmen. Jede davon abweichende Darstellung der Aufstandsbekämpfung stellt die Legitimität der Einsätze in Frage.

Welche Folgen ergeben sich daraus für Menschenrechtsaktivist(inn)en, die darüber berichten wollen?

Shalini Gera: Es wurde auf verschiedene Art und Weise versucht, Aktivist(inn)en, Journalist(inn)en, Akademiker(inn)en, Jurist(inn)en und Politiker(inn)en einzuschüchtern und sie davon abzuhalten, diese Menschenrechtsverletzungen anzuprangern. Besonders deutlich wird dies durch den Säure-Anschlag auf die engagierte Adivasi-Aktivistin Soni Sori. Sie ist in der Region zu einer Schlüsselfigur geworden, weil sie furchtlos viele Probleme aufgegriffen hat. Dazu zählen auch die Verhaftung einer Fact-Finding-Gruppe, die Hinweise auf verschiedene außergerichtliche Tötungen untersu-

chen wollte: die Verhaftungen der Journalisten Santosh Yadav und Prabhat Singh, die mehrfach über den Konflikt berichtet hatten, die Zerstörung des Ashrams des Gandhianers Himanshu Kumar, der immer wieder seine Stimme gegen Gräueltaten erhoben hatte. Der Arzt Binayak Sen, der Präsident der ältesten Menschenrechtsorganisation Indiens „*People's Union of Civil Liberties (Chhattisgarh)*“, wurde ebenfalls verhaftet, der renommierte Journalist Kamal Shukla der Aufwiegelung bezichtigt. Die Vermieter der Journalistin Malini Subramaniam und der Rechtshilfegruppe JagLAG wurden unter Druck gesetzt, die Mietverhältnisse zu kündigen. Gegen die renommierte Soziologin Nandini Sundar wurde eine Mordanklage erhoben. Auch Anwalt(inn)en mit Mandanten, die unter Terrorismusverdacht standen, bezichtigte man, in terroristische Aktivitäten verstrickt zu sein.

Gleichzeitig wurden Menschenrechtsaktivist(inn)en öffentlich als „Außen-seiter“, Maoisten, oder „ausländisch finanziert“ diffamiert. Seit einiger Zeit formieren sich immer wieder neue, sogenannte zivilgesellschaftliche Organisationen. Sie treten in der Öffentlichkeit auf, um den Eindruck zu erzeugen, dass es einen „Volkszorn“ gegen Menschenrechtsaktivist(inn)en gibt. Mehrfach veranstalteten solche Gruppen Kundgebungen, auf denen Bildnisse von Menschenrechtsaktivist(inn)en verbrannt wurden und diesen gegenüber offen Gewalt angedroht wurde.

Shreya K: Einmal, als wir vor Ort waren, wurden mehrere Frauen, die „*First Information Reports*“⁴³ zu Vergewaltigungen aufgeben wollten, von solch einer Gruppe bedroht. Uns wurde vorgeworfen, wir hätten die Frauen dazu gedrängt, falsche Anschuldigungen vorzubringen.

Für Menschenrechtsaktivist*innen ist es immer schwieriger geworden, die Region zu besuchen.

Foto: Maheen Mirza



Wie reagierte die Polizei darauf?

Shalini Gera: Obwohl Polizisten vor Ort waren, griffen sie nicht ein. Ebenso wenig, als ein tobender Mob das Parteibüro des Adivasi-Politikers Manish Kunjam stürmte und die Einrichtung zertrümmerte, oder als ein anderer das Haus der wissenschaftlichen Autorin Bela Bhatia umzingelte und drohte, es niederzubrennen. All dies geschah vor den Augen der Polizei, die tatenlos zusah. Einmal gab es auch eine Aktion von Polizisten, bei der Parolen gegen Menschenrechtsaktivist(inn)en skandiert und Bildnisse verbrannt wurden. Die nationale Menschenrechtskommission Indiens wurde über all diese Vorfälle informiert. Bisher wurde jedoch kein einziges Strafverfahren eingeleitet.

In Ihrem Buch schildern Sie eindringlich, wie Frauen, auf die sexualisierte Gewalt ausgeübt worden war, versuchten, eine juristische Aufarbeitung einzuleiten. Inwieweit wurden sie später von öffentlichen Organen, die für Frauen, Menschenrechte und Scheduled Tribes⁴ zuständig sind, unterstützt?

Shalini Gera: Die nationale Menschenrechtskommission Indiens hat den Frauen, die sexuellen Übergriffen ausgesetzt waren, einen Anspruch auf Entschädigung zugesprochen. Allerdings kann sie lediglich Empfehlungen aussprechen, die nicht bindend sind. Keine der Frauen wurde bisher finanziell entschädigt. Aber die Frauen haben einen großen moralischen Sieg errungen. Es geht in dem Kampf vor allem um die Anerkennung dessen, was passiert ist und um die Einleitung von Strafverfahren gegen die Verantwortlichen. Die nationale Kommission für Belange der registrierten Stammesgemeinschaften⁵ hat ebenfalls einen sehr kritischen Bericht vorgelegt. Allerdings besitzt sie kaum Befugnisse. Immerhin wurden daraufhin die Ermittlungen in den Fällen von der Bezirkspolizei Bijapur an die Landespolizei übertragen, was eine marginale Verbesserung darstellt. Die Veröffentlichung des Berichtes der nationalen Frauenkommission steht noch aus.

Wie ist der aktuelle Stand der Ermittlungen?

Shalini Gera: Leider haben sich die bisherigen Ermittlungen überwiegend darauf konzentriert, Einzeltäter auszumachen. Auf die Frauen wurde erheblicher Druck ausgeübt, einzelne Täter zu identifizieren. Aufgrund der Tatumstände ist dies jedoch häufig nicht möglich. Viele der Täter waren verumumt, und oft war es dunkel. Die Polizei sagt, dass sie ohne konkrete Beschuldigte nicht weiter ermitteln könne. Das sehen wir anders. Unseres Erachtens ist bei der Aufarbeitung der Fälle die Identifizierung einzelner Täter von nachrangiger Bedeutung. Viel wichtiger ist die Klärung der Frage nach dem schuldhaften Verhalten der Einsatzleiter. Aus den Aussagen der Frauen geht eindeutig hervor, dass die Taten nicht von isolierten Einzeltätern verübt wurden. Der gesamte Sicherheitsapparat war involviert. In der gesamten Region wurden von den Sicherheitskräften die gleichen anzüglichen Anspielungen gemacht, und es wurde ähnlich vorgegangen. Überall wurden die Straftäter anschließend vor einer Strafverfolgung geschützt. Es ist offensichtlich, dass hochrangige Offiziere zumindest über die Vorkommnisse informiert gewesen sein mussten und sich schützend vor ihre Einheiten gestellt haben. Daher trägt unseres Erachtens der gesamte Sicherheitsapparat eine Mitverantwortung.

Shreya K: Als Herr Kalluri Polizeichef⁶ in Dantewada war, brannten Polizisten im Dorf Tadmeltla mehr als 300 Häuser nieder. Das ist mittlerweile gerichtlich bestätigt. Gegen die Sicherheitskräfte gab es auch in mehr als 50 Fällen Anschuldigungen zu sexualisierter Gewalt. Aber noch bevor das Ermittlungsverfahren abgeschlossen war, wurde Herr Kalluri auf den Posten des Generalinspektors der Polizei befördert und für seine Verdienste im Amt ausgezeichnet.

Was hat sich dadurch geändert, dass die Frauen an die Öffentlichkeit getreten sind?

Shreya K: Es ist gelungen, den Mainstream-Diskurs zu verschieben. Das Problem sexualisierter Gewalt in militarisierten Gebieten wie Bastar ist jetzt auch auf nationaler Ebene präsent. Dieses öffentliche Interesse stellt einen gewissen Schutz für die Frauen dar. Aber gleichzeitig hat die Aufmerksamkeit dazu geführt, dass einige der lokalen Bewohner(inn)en und Aktivist(inn)en gezielt belästigt wurden. In gewisser Weise wurden sie dafür bestraft, dass sie den Missstand angeprangert hatten. Ohne die Risiken, die sie bereit waren einzugehen, wäre der Einsatz von sexualisierter Gewalt vermutlich unvermindert fortgesetzt worden. Ob sich die Situation in den abgelegenen Dörfern tatsächlich verbessert hat, ist jedoch schwierig einzuschätzen. In der jüngsten Vergangenheit war es aufgrund massiver staatlicher Repression für unabhängige Beobachter(inn)en nicht möglich, die Dörfer zu besuchen.

Zur Autorin

Line Fleig ist Ethnologin, bereist Indien seit der Jahrtausendwende regelmäßig und beschäftigt sich mit sozialen Bewegungen vor allem im ländlichen Raum.

Zu den Gesprächspartnerinnen

Shalini Gera, Shreya K und Sudha Bharadwaj sind in dem indienweiten Netzwerk „*Women against Sexual Violence and State Repression*“ aktiv (www.wss.net.org), eine unabhängige Basisinitiative, um der gegen Frauen ausgeübten Gewalt Einhalt zu gebieten.

Endnoten

¹ Women Against Sexual Violence and State Repression (Hg.) *Das Schweigen brechen - Sexualisierte Gewalt in Süd-Chhattisgarh*. Kostenlose PDF-Edition: http://www.adivasi-koordination.de/dokumente/chhattisgarh_schweigen_brechen_webversion.pdf oder Taschenbuch broschiert, 2018,

² Musterklage im öffentlichen Interesse.

³ Anzeigenerstattung.

⁴ Amtlich registrierte Adivasi-Gruppen.

⁵ *National Commission of Scheduled Tribes*.

⁶ *Superintendent of Police*.